



Globalisierung ist ein Verbrechen, das von raffgierigen, internationalen Kapitalisten begangen wird. Die Völker werden wirtschaftlich ausgebeutet und kulturell vernichtet. Der Globalisierung setzen wir die raumorientierte Volkswirtschaft entgegen.

Seite 2



Wir wollen, daß Deutschland die Heimat des deutschen Volkes bleibt. Das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Im Gegenteil, wir respektieren die Völker, ihre Kulturen und Unterschiede. Wir lieben das Fremde - in der Fremde!

Seite 3



Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie jeweils im oberen Teil eine persönliche Vorstellung der Kandidaten auf der NPD-Landesliste zur Bundestagswahl. Machen Sie sich selbst ein Bild, und lassen Sie nicht andere für sich denken!

Seite 2-4

www.npd-mv.de

Weiter denken!

Die Zeitung der NPD in Mecklenburg und Pommern



Kommentar

Liebe Landsleute!

Deutschland durchlebt zur Zeit die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Hemmungsloses Profitstreben und Raffgier sind die Ursache für die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, ausgelöst durch eine falsche Wirtschaftspolitik sowie unmoralisches Handeln von Managern in Banken und Großindustrie.

Die wahren Auswirkungen dieser Krise sind noch gar nicht absehbar. Sicher ist nur, daß die Schuldigen wieder einmal unbehelligt bleiben. Nicht wenige von ihnen verschwinden mit Abfindungen in Millionenhöhe in die Anonymität. Dem Normalbürger und den mittelständischen Unternehmen werden die Kosten für das Totalversagen der Staatsführung aufgebürdet. Und es wird weiter gelogen. So verlaublich ist die CDU-Bundeskanzlerin Merkel, daß man die Steuern senken wolle. Sie tat dies nur wenige Wochen, nachdem die BRD-Regierung eine Neuverschuldung des Staatshaushaltes in noch nie dagewesener Höhe beschlossen hatte. Diese Schuldenlast, das scheint sicher, wird eines Tages unsere Nachkommen regelrecht erdrücken. Aber dies ist den Herrschenden vollkommen egal. „Nach mir die Sintflut!“ heißt das Motto, nach dem gehandelt wird. Zahlen sollen unsere Kinder und Kindeskinde-

Die Verursacher der Mißstände kassieren hingegen munter weiter Tantiemen, Diäten, Abfindungen und Pensionen. Gewissenloses Handeln ist das Markenzeichen von SPD, CDU, FDP und Grünen, ganz zu schweigen von der SED-Nachfolgepartei DIE LINKE.

Es ist längst an der Zeit, sich gegen die Herrschenden zur Wehr zu setzen und volkstreuere Deutsche in die Parlamente zu wählen. Für uns Nationale sind die Begriffe Ehre, Pflichtgefühl, Treue und Verantwortungsbewußtsein keine leeren Worte. Unser Handeln stellen wir in den Dienst unseres Volkes. Ganz nach dem Leitspruch Friedrich des Großen, wenn er sagt: „Ich bin der erste Diener meines Staates.“

Es muß Veränderungen geben. Es muß endlich wieder Politik zum Wohle unseres Volkes gemacht werden.

Ich bitte Sie, liebe Landsleute, ergreifen Sie bei der Bundestagswahl Partei. Unterstützen Sie die NPD – als Wähler, Spender, Aktivist oder Mitglied. Überlassen Sie das Feld nicht den Versagerparteien!

Ihr Stefan Köster



Landesvorsitzender und Direktkandidat im Wahlkreis 12 Wismar-Nordwestmecklenburg-Parchim

Wegschauen macht alles nur noch schlimmer

Manchmal kommt es einem so vor, als wollten viele nicht wahrhaben, daß wir direkt auf eine Weltwirtschaftskrise zusteuern. Das Vogel-Strauß-Prinzip funktioniert hier genauso wenig wie der Milliarden-Weitwurf, in dem sich die etablierte Politikaste seit Monaten übt.

Daß die Krise hausgemacht ist, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen. Dennoch kommen von der etablierten Politik keine effektiven Lösungsansätze. Die NPD, als einzige nationale Opposition, setzt auf regionale Wirtschaftskreisläufe statt auf Globalisierung. Doch die Etablierten wollen das nicht hören. Sie sehen bei der Vernichtung von Hunderttausenden Ar-

beitsplätzen lieber tatenlos zu, als sich von ihrem Dogma „Weltwirtschaft“ zu lösen.

Ersten Voraussagen zufolge sind für das kommende Jahr bis zu 1,6 Millionen neue Arbeitslose zu erwarten. Außerdem soll die aufkommende Weltwirtschaftskrise besonders Deutschland treffen, da die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik keine effektiven Vorsorgemaßnahmen eingeleitet haben. Dieser Umstand erklärt auch, warum die Regierungskoalition nicht müde wird, die Krise schön zu reden. Es bleibt nichts unversucht, die schwerwiegenden Auswirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs mindestens bis in den späten Herbst zu verschieben. Die Bundestagswahlen am 27. September sollen

davon nicht beeinflusst werden, darin sind sich alle Versagerparteien einig. Wenn unser Volk dieses Spiel aber erst nach der Wahl erkennt, wird es zu spät für effektive Maßnahmen sein. Dann sind die selben Versager in den verantwortlichen Positionen, wenn auch vielleicht in anderer Zusammensetzung.

Die NPD hat vielerorts auf kommunaler und auf Landesebene bewiesen, daß es Auswege aus diesem politischen Einerlei gibt. Viele Anstöße zu Verbesserungen kamen von den Vertretern der nationalen Opposition. Insofern wirkt die NPD schon jetzt als Korrektiv. Aber das allein reicht nicht aus, um die kommende Weltwirtschafts-

krise zu meistern. Es bedarf grundlegender Veränderungen im System selbst, sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur. Die Bedürfnisse unseres Volkes müssen in den Mittelpunkt gerückt werden, nicht die der Wirtschaftsbesse und der Börsenspekulanten. Nur die NPD vertritt die Interessen des deutschen Volkes glaubhaft und konsequent!

Am 27. September werden die Weichen für die Bundespolitik der nächsten vier Jahre gestellt. Nutzen Sie diese Möglichkeit, gehen Sie zur Wahl und wählen Sie die NPD. Die NPD ist die einzige wählbare Systemopposition! Sozial geht nur national!

Hartz IV ist ein Verbrechen Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Mit einer erneuten Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes wollen die Politboznen das Volk bis zur Bundestagswahl ruhigstellen. Doch was kommt danach?

Die bekannten Prognosen lassen für den kommenden Herbst nichts Gutes erahnen. Deutschlandweit haben Tausende Firmen Kurzarbeit angemeldet. Auch in Mecklenburg und Pommern sind viele diesen Schritt gegangen. Kurzarbeit wird in vielen Fällen aber nur die Vorstufe von Massenentlassungen sein. Die Firmen, die sich auch mit Kurzarbeit schon jetzt nicht mehr über Wasser halten können, melden Insolvenz an. Und für das Jahr 2010 gibt es Schätzungen, die von bis zu 1,6 Millionen neuen Arbeitslosen ausgehen.

Vor diesem Hintergrund macht es auch einen Sinn, wenn immer wieder neue Gruppen aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik heraus-

gerechnet werden. Zuletzt waren es jene Personen, die von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden. Krankgeschriebene oder in Maßnahmen befindliche Arbeitslose tauchen ja schon länger nicht mehr in der Statistik auf. Arbeitslos sind sie trotzdem. Und früher oder später auch von der gesetz-

lich verordneten Armut Hartz IV betroffen. Nach höchstens 18 Monaten heißt es dann, sich mit dem Lebensstandard eines Sozialhilfeempfängers einzurichten. Und aus dieser Lage gibt es für viele kein Entkommen mehr. Denn anders als es die Bonzen immer wieder

behaupten, liegt die Arbeit eben nicht auf der Straße.

Und von der ständigen Wiederholung, Hartz-IV-Empfänger seien arbeitsfaul, wird diese Behauptung kein Stück wahrer. Auch nicht, wenn die Bezieher von Hartz-IV-Leistungen als Kammerjäger auf Rattenjagd gehen sollen, wie von der Berliner FDP vorgeschlagen wurde. Die NPD hat im Landtag in Schwerin seit 2006 allein 18 Anträge zur Verbesserung der Situation von Hartz-IV-Empfängern eingebracht und damit die vielen gesetzlichen Fallstricke und Ungerechtigkeiten aufgezeigt. Im Bundestag könnte man dies noch viel wirkungsvoller tun.

Darum wählen Sie am 27. September die nationale Opposition in den Bundestag. Wir machen den Bonzen Dampf!



Sozial geht nur national.

Das System ist pleite!

Die Schuldenuhr der BRD tickt! Durch die hohen Zinsen kommen jede Sekunde 4.439 Euro dazu. Insgesamt sind es 1 Billion 596 Milliarden 135 Millionen 265 Tausend 536 Euro. Macht pro Kopf 19.451 Euro und kein Ende in Sicht. Im Gegenteil, die Bundesregierung plant, innerhalb der kommenden drei Jahre 310 Milliarden neue Schulden aufzunehmen. (Stand 31. Juli 2009)

Hier sprechen wir!

www.npd-mv.de





Udo Pastörs
Landeslistenplatz 1 – Jahrgang 1952

„Politik bedeutet für mich selbstlosen Einsatz für die Interessen unseres Volkes. Hierbei ist es oft notwendig, Unmögliches zu fordern, um Mögliches Wirklichkeit werden zu lassen. Jeder erkennt, wie Korruption und die Raffgier der multinational verflochtenen Wirtschaftskapitäne im Zusammenwirken mit den Politbonzen unsere Heimat regelrecht ausbluten lassen. „Auf eine groben Klotz gehört ein grober Keil!“ Es ist längst überfällig, daß aufgeräumt wird.“



Tino Müller
Landeslistenplatz 2 – Jahrgang 1978

„Arbeitslosigkeit, Armut und Abwanderung sind keineswegs nur bei uns im Uecker-Randow-Kreis zum Dauerzustand geworden. Die Versagerparteien haben unser Land ruiniert. Dieses traurige Schicksal können wir nur gemeinsam in der Gemeinschaft des Volkes wenden. Es bedarf Mut und Entschlossenheit. Wir lassen uns den Mund von den Herrschenden nicht verbieten, mag die Repression auch noch so stark werden. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen!“

Meldungen

Brandanschläge

In den vergangenen 12 Monaten kam es zu fünf linksextremistischen Brandanschlägen auf Fahrzeuge von NPD-Mitgliedern in unserem Land. Vier davon alleine in der Hansestadt Rostock. In allen Fällen gingen die Täter in der gleichen Weise vor. Die Fahrzeuge brannten völlig aus.

Milchpreise

Die herrschende Politik läßt die Landwirte, welche an die Scholle und den eigenen Hof gebunden sind, eiskalt im Regen stehen. Während den Spekulanten und Banken Milliarden hinterhergeworfen werden, kämpfen die Milchbauern um ihre Existenzen. Ein Literpreis von 40 Cent wäre kostendeckend, bezahlt werden teilweise nur 17 Cent. Lieber importieren die Einzelhandelsriesen Billigmilch, als anständige Preise zu bezahlen. Das Preisdiktat der großen Einzelhandelsketten muß gebrochen werden, damit der Bauernstand eine Zukunft hat!

Überwachung

Fingerabdrücke im Personalausweis und Reisepaß, alle Krankendaten auf der „Gesundheitskarte“, Spionage im Internet, Datenerfassung über das Telefon- und Einkaufsverhalten, Schnüffeln in Kontendaten, Kameras überall und nun auch noch die automatische Kennzeichenerfassung. Leicht lassen sich heute Bewegungsprofile von jedem Bürger erstellen. Die totale Kontrolle ist auf dem Vormarsch, die Privatsphäre wird weitestgehend abgeschafft. Wie weit will der Staat noch gehen? Wir wollen keinen „gläsernen Bürger“ und keine Totalüberwachung wie in der DDR.

Kriegseinsätze

Die Kriegseinsätze der Bundeswehr werden von den verantwortlichen Politikern als friedensschaffende Maßnahmen bezeichnet. In Afghanistan ist die Bundeswehr mit 4.500 Soldaten im Einsatz. Mit mehreren Hundert Soldaten beteiligt sie sich seit Mitte Juli an Kampfeinsätzen gegen die Taliban. Dabei werden unter anderem Panzer und Mörser eingesetzt. Damit hat das Verteidigungsministerium endlich die Maske fallen gelassen. Die Bundeswehr ist zu einer kriegführenden Armee geworden, das Verteidigungsministerium handelt grundgesetzwidrig. Wann werden die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen?

Globalisierung ist Volksbetrug

Nicht weniger als 65 Milliarden Dollar ließ der US-amerikanische Milliardenbetrüger Bernard Madoff, mittels eines Schneeballsystems vor wenigen Monaten verschwinden. Er konnte dies tun, weil Kapital und Dienstleistungen grenzenlos und ohne Kontrolle in der Welt herum vagabundieren können.

Spätestens seit den Milliardenbetrügereien, ebenfalls durch US-amerikanische Großbanken zum Nachteil nationaler Wirtschaftskreisläufe, dürfte es selbst den naivsten Globalisierungsbegeisterten dämmern, daß der Spuk eines sogenannten „globalisierten Marktes“ zu Ende geht. Zu skrupellos und mit unglaublich krimineller Energie hat das Großkapital seinen Ausplünderfeldzug vorgetragen, als daß auch nur noch ein Hauch von Vertrauen in das internationale Finanzsystem bewahrt werden könnte.

Ob Opel, Quelle oder die Hypo Real Estate, die Grenze zwischen Opfer und Täter

ist nur marginal, denn eins hatten sie alle gemeinsam, die unbändige Gier nach Profitmaximierung. Durch das Fehlen klarer staatlicher Kontrollmechanismen konnte sich jeder Betrüger und Finanzscharlatan auf Kosten der kleinen Investoren und des Steuerzahlers hemmungslos austoben. Ob Fördergelder vom Bund, der EU oder der Länder, alles schien möglich. Die Roulettekugel kreiste und versprach goldene Zeiten.

Auch in der schwarzen Landesregierung malte man, auf der Grundlage von Versprechungen ausländischer Investoren, z. B. des russischen Oligarchen Burlakow, bei den Aker-Yard Wadan-Werften eine goldene Zukunft an die Wand. Auch Burlakow ließ die Viper der Lüge kräftig zischen. Aufträge aus Rußland würden gleich paketweise eintrudeln, und er habe Angst, daß man für den nun beginnenden Boom an den



Wertstandorten im Lande nicht genügend Fachkräfte akquirieren könne, schwadronierte der „Heilsbringer“. Für um die 250 Millionen Euro kaufte dieser falsche Prophet 70 % der Aker-Yard-Werften, in die zuvor aus öffentlicher Hand Hunderte von Millionen Subventionen gepumpt wurden, die den Wertstandort MV zu einem der modernsten in Europa gemacht hatten.

Seit der Übernahme durch Wadan wurde nicht ein einziger Auftrag neu in die Auftragsbücher genommen.

An Warnungen vor diesem Investor vonseiten der NPD-Landtagsfraktion hat es nicht gefehlt. Anträge zum besseren Schutz deutscher Wirtschaftsstandorte vor ausländischen Heuschrecken wurden ebenso abgelehnt wie die Forderung einer Umwandlung von Fördergeldzuschüssen in Beteiligungen an Großunternehmen, um hierdurch ein besseres Mitspracherecht in entscheidenden Fragen der

Unternehmensführung zu bekommen.

Die Globalisierung ist tot!

Aufgrund der ungeheuerlichen Verluste, die der Staat versucht, zu Gunsten von Banken und Großkonzernen durch Steuergelder auszugleichen, wird es zu einer Art „Fiskalsozialismus“ kommen. Und dies bedeutet, daß jene, die noch Arbeit haben, zukünftig kräftig zur Ader gelassen werden, während die Verursacher dieses „Globalbetrugs“, nicht selten mit Millionenabfindungen, das sinkende Schiff verlassen.

Die Zeit ist überreif, sich zu wehren!

Wer will, daß es wie bisher so weiter geht, muß die Blockparteien von DIE LINKE bis CDU wählen. Wer damit einverstanden ist, daß sich Armut und Elend im Lande weiter ausbreiten, soll ruhig der Wahlurne fernbleiben. Wer jedoch diesem kriminellen Treiben in Politik und Wirtschaft massiv und radikal entgegenwirken will, kann nur eine starke Opposition wollen und muß daher NPD wählen.

Steuerlast mindern – Arbeit und Mittelstand stützen

In den „inneren Zirkeln“ der herrschenden Altparteien wird der Ruf immer lauter, den ermäßigten Steuersatz für Lebensmittel, Bücher und Fahrkarten öffentlicher Nahverkehrsmittel auf 9,5 Prozent anzuheben. Auch die allgemeine Mehrwertsteuer könnte künftig bis auf 25 Prozent steigen, um die leeren Staatskassen zu füllen. Die etablierten Politiker stört es nicht, daß damit die Klein- und Normalverdiener noch mehr belastet werden. Noch ist eine Anhebung der Steuersätze natürlich nicht offiziell. Wie bei der letzten

Bundestagswahl wird es auch diesmal so sein, daß man die Katze erst nach der Wahl aus dem Sack läßt.

Wir Nationalen fordern: Schluß mit dem steuerlichen Aderlaß! Die derzeitige Steuer- und Abgabep Praxis muß endlich drastisch geändert werden. Die Steuern müssen an die real sinkende Einkommen vieler Arbeitnehmer und gerade zugunsten kleinerer und mittlerer Betriebe angepaßt werden. Deshalb fordert die NPD schon jetzt finanzpolitische Sofortmaßnahmen zum Schutz der Geringver-

diener und zur Stärkung des heimischen Mittelstandes:

► Gewerbesteuer für Erst-Unternehmer für 10 Jahre aussetzen;

► Reduzierung der Mehrwertsteuer für alle arbeitsintensiven und konsumnahen Dienstleistungen auf sieben Prozent;

► Senkung der Mehrwertsteuer auf null Prozent für Produkte und Dienstleistungen, die mindestens zur Hälfte in Deutschland hergestellt wurden.



Bonzentrum

Wie abgehoben die Systemparteien sind, kann man an ihrem Umgang mit dem Volk ablesen. Während den Deutschen eine Sparkur nach der anderen verordnet wird, stopfen sie sich die Taschen voll. Ob es die steuerfreie Kostenpauschale der Bundestagsabgeordneten in Höhe von 3.868 Euro monatlich (!) ist, oder die Tatsache, daß sämtliche Reisekosten erstattet werden, obwohl jeder Abgeordnete monatlich 7.668 Euro erhält, um seinen Lebensunterhalt zu finanzieren. Hinzukommen Sitzungsgelder, Übernachtungskosten und anderes.

Nachdem die Volksvertreter - auf hohem Niveau - in den letzten Jahren auf die weitere Anhebung ihrer Diäten verzichteten, wollen sie dies nun mit einem Schritt nachholen. Natürlich erst nach der Bundestagswahl, schließlich ist dieses Thema für den Wahlkampf ungeeignet. Die Höhe der Diäten entzieht sich der Kontrolle durch das Volk. Darum greifen die Systemparteien umso unverschämter in die Steuergeldkassen. Gleichzeitig begleiten sie die Wirtschaftskrise mit schönen Worten und sehen tatenlos zu, wie Tausende ihre Arbeit verlieren.

Wir stellen das Wohl des Volkes in den Mittelpunkt und fordern: Schluß mit der Selbstbedienung!

Holt unsere Jungs da raus!

Keine deutschen Soldaten im Ausland und keine fremden Soldaten in Deutschland!

Diese Forderung der NPD kann man gerade heute nicht oft genug wiederholen. Mehr als 35 Soldaten der Bundeswehr mußten die von den USA angezettelten Kriege bereits mit dem Leben bezahlen. Und das, obwohl die Bundeswehr eine Verteidigungsarmee ist. So steht es zumindest im Grundgesetz. Kriege zu führen, ist nicht der Sinn einer Verteidigungsarmee! Auch nicht, wenn man sie als friedenserhaltende Maßnahmen bezeichnet.

Die USA ziehen sich immer mehr von den Kriegsschauplätzen zurück, und die Bundeswehr soll nun die Drecksarbeit machen. Unsere Freiheit wird aber nicht

am Hindukusch verteidigt. Und es kann auch nicht die Aufgabe deutscher Soldaten sein, ihren Dienst als Feldwache für den Drogenanbau in Afghanistan zu schieben.

Genauso konsequent wie die NPD die Beteiligung der Bundeswehr an Kriegseinsätzen ablehnt, fordern wir auch den Abzug



aller fremden Truppen aus Deutschland. Die USA spielen sich rund um den Globus als Weltpolizei auf und nutzen dazu auch die Militär-

stützpunkte in Deutschland. Zwar wird immer wieder davon gesprochen, die Deutschen seien souverän, aber die Frage, warum dann die Besatzer ihre Truppen nicht restlos aus Deutschland abziehen, bleibt von den Systemparteien unbeantwortet.

Darum: Holt unsere Soldaten heim und schickt die Besatzer nach Hause!

ZAHLEN UND FAKTEN

Derzeit sind knapp 7.300 Soldaten der Bundeswehr - darunter auch Frauen - auf drei Kontinenten in über zehn Ländern im Einsatz. Diese Einsätze kosten dem deutschen Steuerzahler jährlich mehr als eine halbe Milliarde Euro. In Deutschland sind derzeit ca. 90.000 ausländische Soldaten stationiert, für die u.a. auch der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird.



Michael Gielnik
Landeslistenplatz 3 – Jahrgang 1983

„Als zweifacher Familienvater weiß ich trotz meiner jungen Jahre, was es heißt, Angst um eine lebenswerte Zukunft zu haben. Deshalb setze ich mich gemeinsam mit vielen anderen jungen Deutschen für eine positive Veränderung in unserer Heimat ein. Familie, Volk, Heimat, Kultur, Werte und Tugenden sind für mich nicht leere Worte, sondern Leitlinien und Grundlagen der Gesundheit Deutschlands. Wenn wir als Volk zusammenstehen, können wir alles erreichen.“



David Petereit
Landeslistenplatz 4 – Jahrgang 1981

„Meinungs- und Berufsverbote, Verfolgung politisch Andersdenkender, Bespitzelung und Abbau von Freiheitsrechten kenne ich nicht nur aus Geschichtsbüchern. Doch in unserem Land werden auch nach 1990 Kandidaten aufgrund ihrer Weltanschauung zu bestimmten Wahlen nicht zugelassen. Der Begriff Demokratie definiert sich dadurch neu. Darum setze ich mich für wahre Volksherrschaft und Redefreiheit in Deutschland ein.“

Armut ohne Ausweg?

Wir alle erleben in unserer Verwandtschaft oder im Freundes- und Bekanntenkreis, wie schwierig die Lebensumstände sind, wenn Arbeitslosigkeit droht oder man bereits zum Hartz IV-Empfänger herabgestuft wurde. Ein selbstbestimmtes Leben ist kaum noch möglich. Tausende verlassen daher, auf der Suche nach Arbeit und einer besseren Zukunft, ihre Heimat Mecklenburg-Vorpommern, weil sie für sich und ihre Familien hier keine Zukunft mehr sehen. Die politisch Verantwortlichen im Lande nehmen keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der deutschen Bürger. Noch 1989 war Mecklenburg-Vorpommern die Region in der BRD-DDR mit dem niedrigsten Durchschnittsalter. Schon zwei Jahrzehnte später wird unsere Heimat von selbsternannten „Experten“ als Altenheim der Republik bezeichnet. In keinem anderen Bundesland zwischen Elbe und Ostsee verfügen die Menschen über sowenig Mittel zum Leben wie hier bei uns. Mecklenburg-Vorpommern ist offiziell zum Armenhaus der Republik geworden. Die gesamte BRD driftet sozial immer weiter auseinander.



Setzt Euch zur Wehr!

der. Während sich die Armut in weiten Teilen der Bevölkerung explosionsartig ausbreitet, steigen die Einkommen einer kleinen Oberschicht ins Unermeßliche. Und was tut die Politik dagegen? Nichts. Im Gegenteil.

Unter Mitwirkung aller Blockparteien von der LINKEN bis zur FDP wurden die deutschen Bürger einer unglaublichen Verarmung regelrecht preisgegeben.

In der Fläche bedeutet das für die Mecklenburger

und Pommern, daß sie den Arbeitsplätzen regelrecht hinterher ziehen müssen. In ganz Europa verstreut, träumen viele von Rückkehr und einer gesicherten Zukunft in ihrer Heimat. Es ist eine Verhöhnung des Artikels 72 des Grundgesetzes, der die Politik darauf verpflichtet, in ganz Deutschland gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen, wenn gleichzeitig die Landespolitik sogenannte Vermittlungsbüros unterhält, um Mecklenburger und Pommern besser ins Ausland vermitteln zu können.

Jeder vierte Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns ist arm. In Bayern und Baden-Württemberg hingegen gilt beispielsweise nur jeder Zehnte als arm. Schon längst gibt es eine regionale und soziale Spaltung Deutschlands. Das starke Wohlstandsgefälle, besonders zwischen den sogenannten neuen und alten Bundesländern, ist Ergebnis einer politischen Gleichgültigkeit der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft. Man interessiert sich eben nicht für die wahren Ursachen des Niedergangs in unserer Heimat. Die politische Kaste ist zu beschäftigt mit der Absicherung von Macht, Einfluß und persönlicher Bereicherung, als daß sie willens sein könnte, sich für die Interessen der Menschen im Lande vorbehaltlos einzusetzen.

Die Zeit ist überreif, sich zu wehren. Veränderung braucht nicht nur den Willen zur Veränderung, sondern auch Mehrheiten in den Parlamenten. Packen wir es gemeinsam zum Wohle unseres Volkes an!

Ist die Rente sicher?

Vergleicht man die Rentenanpassung der letzten Jahre mit dem, was sich Manager und Politiker für ihr folgenschweres Tun zusätzlich in die Taschen gesteckt haben, wird klar, daß die politischen Entscheidungsträger zuerst an sich selbst denken. Für den Durchschnittsrentner kamen ein paar Euro zur Rente hinzu, während Manager den Goldenen Handschlag für die Entlassung von Tausenden erhielten. Die Lebensleistung der Alten wird nicht mehr entsprechend anerkannt. Hinzu kommen versicherungsfremde Leistungen, wodurch die Rentenkasse zusätzlich belastet wird.



ten. Renten, mit denen sich der Lebensabend würdevoll gestalten läßt, kommen so immer seltener zusammen.

Nun sollen wir alle bis 67 arbeiten?

In der globalisierten Wirtschaft wird man schon mit Ende 40 zum alten Eisen gezählt, mit Mitte 50 gilt man fast schon als unvermittelbar. Die durchgehenden Arbeitsbiografien, von der Ausbildung bis zum Renteneintritt, werden immer seltener. Traditionsunternehmen brechen zusammen, nachdem sie von „Finanzinvestoren“ aufgekauft wurden. Immer häufiger finden sich Zeiten der Arbeitslosigkeit in den Lebensläufen aller Schich-

Darum fordern wir:

- ▶ die Ausgliederung von Ausländern aus dem deutschen Sozialsystem;
- ▶ das Renteneintrittsalter ist wieder auf 65 Jahre festzulegen;
- ▶ versicherungsfremde Leistungen sind gänzlich zu streichen.

Die Gesetzliche Rentenversicherung muß wieder den deutschen Rentnern dienen!

Am 27. September NPD wählen! Was sonst !?



Grenzen dicht

für Kriminelle, Lohndrücker und Asylbetrüger!

Allen Beteuerungen von offizieller Seite zum Trotz erwies sich die Öffnung der Grenzen an Oder und Neiße als Gefahr für die innere Sicherheit in deutschen Landen. Die EU-Osterweiterung erzeugte einen massiven Kriminalitätsanstieg. Seit dem Wegfall der Schlagbäume im Dezember 2007 nahmen Diebstähle, Drogenschmuggel, Einbrüche und Menschenhandel deutlich zu. In Brandenburg stieg die Zahl der Autodiebstähle um 25 Prozent. Diebstähle aus Büros, Kleingärten und Fabriken wuchsen über 50 Prozent an. Nach Einschätzung des polnischen Polizeinachrichtendienstes CBS ist jede dritte Baumaschine in Polen aus der EU-Zone entwendet worden. Schätzungsweise die Hälfte der bundesweiten Kriminalität hat inzwischen internationale Bezüge.

Demgegenüber wird das wahre Ausmaß der

grenzüberschreitenden Kriminalität hierzulande wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Erinnert sei hierbei an einen Polizeihauptkommissar vom Bund Deutscher Kriminalbeamter in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser nannte schon anfang 2008 öffentlich die Informationspolitik des norddeutschen Bundeslandes eine – Zitat: „schöngefärbte Darstellung der Kriminalitätslage“. Daraufhin wurde er zum Landesinnenminister bestellt und mußte sich fragen lassen, ob er noch auf dem Boden des Grundgesetzes stehe. Angeordnet von Wolfgang Schäuble (CDU) höchstpersönlich, herrscht bei allen Polizeivertretern eine regelrechte Maulkorb-Verordnung.

Vor diesem Hintergrund ist die immer noch anhaltende Sorglosigkeit vieler Landsleute in

der jetzigen Situation bemerkenswert, wenn es darum geht, ihr Hab und Gut zu sichern. Viele schenken den heuchlerischen „Eitel-Sonnenschein-Verprechungen“ von Vertretern der Altparteien immer noch ihren Glauben.

Das Volk muß endlich über das wahre Ausmaß der irrigen Vorstellung von einem Europa ohne Grenzen informiert werden! Die Grenzkontrollen zur Tschechei und zu Polen müssen endlich wieder eingeführt werden!



Touristen sind herzlich willkommen, aber kriminelle Ausländer RAUS!

Laut offizieller Statistik leben 30.914 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Mecklenburg und Pommern. Das sind 1,8 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Aber unter den Häftlingen in den Gefängnissen befinden sich mindestens fünf Prozent Ausländer, also mehr als doppelt soviel wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Darüber hinaus stellen die wenigen Ausländer im Land immer größere Forderungen. Erst kürzlich haben sie, unter Mithilfe deutscher Ausländerfreunde, ein Netzwerk gegründet und wurden bereits eine Woche später im Landtag vorstellig und präsentierten im Sozialausschuß ihre Forderungen. Man wolle Geld und das kommunale Wahlrecht für sogenannte Nicht-EU-Ausländer.

Die Blockparteien nickten fleißig und gelobten, die Forderungen des Ausländernetzwerkes in ihre politische Arbeit einfließen zu lassen. Einzig die NPD widersprach und wies die Forderungen als Frechheit zurück. Wo kämen wir hin, wenn jeder Verein kurz nach der Gründung Gelder aus der Steuerkasse bekäme? Wie weit aber die Forderungen der Ausländer-Lobby gehen, zeigt die Tatsache, daß für die wenige Dutzend zählenden Moslems in Rostock eine Moschee mit großem Mißnarrt gebaut werden soll. Schleichende Landnahme nennt sich so was.

Ähnlich ergeht es dem Landkreis Uecker-Randow, wo sich schon mehr als 1.000 Polen niederließen. Selbstverständlich waren hier auch die Ausländerfreunde aus den

Blockparteien mit von der Partie. Der Bürgermeister von Löcknitz, Lothar Meistring (Die Linke), ist da schon mal behilflich, wenn es darum geht, Anträge für Hartz IV oder andere Formulare richtig auszufüllen. Deutsche warten vergeblich auf solche Hilfestellung.

Genau aus diesem Grund setzt sich die NPD in erster Linie für das deutsche Volk ein. Wir wollen in Mecklenburg und Pommern keine Zustände wie in Hamburg, Berlin, München oder Frankfurt am Main. Wir machen uns stark gegen eine weitere Polonisierung, sagen Nein zum Ausländerwahlrecht und fordern die sofortige Abschiebung straffällig gewordener Ausländer. Unsere Heimat soll auch in Zukunft als deutsches Land zu erkennen sein.



Dirk Arendt
Landeslistenplatz 5 – Jahrgang 1976

„Politik bedeutet für mich Dienst am Volk. Als Vater setze ich mich vor allem für eine kinder- und familienfreundliche Politik ein. Soziale Gerechtigkeit ist für mich ebenso wichtig wie Arbeitsplätze in der Heimat. Die etablierten Parteien von der PDS bis zur CDU sind nicht in der Lage, die Probleme unseres Landes zu lösen. Eine bessere und somit lebenswerte Zukunft kann es nur geben, wenn endlich die Interessen unseres Volkes durchgesetzt werden.“



Andreas Theißen
Landeslistenplatz 6 – Jahrgang 1972

„Wir brauchen eine grundlegende Veränderung in Deutschland. Die BRD ist zum Selbstzweck und Selbstbedienungsladen der Bonzen verkommen. Das Volk steht schon lange nicht mehr im Mittelpunkt der herrschenden Politik. Es ist Zeit, diese krankhaften Auswüchse zu beseitigen. Als Zimmermann weiß ich, daß ein fauler Balken nur schlecht geschient werden kann - er gehört grundlegend ausgetauscht, wenn man es richtig machen will.“

Atomkraft - Nein Danke!

Von der Energiegewinnung aus Kernspaltung gehen nach wie vor große Risiken für Mensch und Umwelt aus. Die jüngsten Störfälle in deutschen Atomkraftwerken zeigen deren Anfälligkeit. Außerdem ist die Lagerung der nicht mehr brauchbaren, aber immer noch tödlich strahlenden Brennelemente nicht sicher machbar. In nahezu allen Zwischenlagern und bei allen Transporten kam es bisher zu Zwischenfällen und teilweise zum Austritt radioaktiver Strahlung. Darum muß die Energiegewinnung aus Sonne, Wind und Biomasse weiter ausgebaut werden. Nur so ist eine Zukunft für uns und unsere Kinder

in einer intakten Umwelt möglich.

Im Zeitalter der Technik ist die Energiesicherheit ein wichtiges Thema. Die Energieträger Kohle, Öl, Gas und auch die Grundstoffe für die Gewinnung von Atomstrom werden schon in wenigen Jahrzehnten erschöpft sein. Sonne und Wind sind kostenlos und fast überall unbegrenzt verfügbar. Bei ihrer Nutzung darf es allerdings nicht um die Profite der Energiekonzerne, sondern nur um die ausreichende Energieversorgung der Menschen und der Wirtschaft gehen. Dies ist mit dem weiteren Ausbau der alternativen Energiegewinnung machbar.

© Claudia35/PIXELIO

Die Familie gehört in den Mittelpunkt! Erste Schritte zur bevölkerungspolitischen Gesundung Deutschlands

Im Jahre 2008 fiel die Zahl der Neugeborenen auf den zweitniedrigsten Stand seit Kriegsende. Der Geburtenschwund ist auf die familienfeindliche Politik der etablierten Parteien zurückzuführen. Sie bezeichnen den Mangel an Kindern und die allgemeine Vergreisung verharmlösend als „demographischen Wandel“. Wir Nationalen stellen die Familie und die deutsche Mutter in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen.

Eine zukunftsorientierte Familienpolitik muß den Niedergang unseres Volkes beenden und gleichzeitig ein Neubeginn sein. Dazu sind, neben einem sozialen, kinder- und familienfreundlichen Wohnumfeld, verschiedene Sofortmaßnahmen dringend notwendig:



► **Ehestandsdarlehen:** Ein Darlehen für deutsche Paare. Für jedes Kind würde ein Drittel der Summe rückzahlungsfrei werden. Nach dem dritten Kind wäre das Darlehen somit abgegolten.

► **Mütter verdienen ein Gehalt:** Für erziehende deutsche Mütter, die keinem Beruf nachgehen und auf eine Außenerziehung in Kinderbetreuungseinrichtungen verzichten wollen, stünde ein versteuertes und sozialabga-

benpflichtiges Gehalt für das erstgeborene Kind in Höhe von 1000 Euro Netto bereit. Dieser Betrag würde für jedes weitere Kind um jeweils 500 Euro erhöht werden.

► **Begrüßungsgeld:** Ein einmaliges Begrüßungsgeld in Höhe von 500 Euro für jedes deutsche Kind wäre ein weiterer familienpolitisch sinnvoller Anreiz. Beispielsweise können hiermit die Kosten für die Erstausst-

tung Neugeborener gedeckt werden.

► **Höheres Kindergeld:** Das heute gezahlte Kindergeld reicht nicht aus, den erhöhten Bedarf für Kinder zu decken. Dies führt zu einem gesteigerten Druck auf die Mütter, erwerbstätig zu bleiben. Darum muß das Kindergeld angepaßt werden, damit es einen deutlichen Beitrag zur Unterhaltssicherung leisten kann.

Ländliche Infrastruktur stärken

Die jahrelange bildungspolitische Ausdünnung ganzer Landstriche läuft auf ihren Höhepunkt zu. Gerade in ländlich geprägten Regionen stehen viele Eltern vor der schwierigen Frage, wo sie ihre Kinder einschulen lassen. Denn Schulstandorte gibt es dort immer weniger. Das ehemals flächendeckende Netz im ortsbezogenen Bildungsangebot hat durch rückläufige Schülerzahlen und

durch Schulsterben große Löcher bekommen.

Schulschließungen erzwingen längere Schulwege für unsere Kleinen. Nicht selten stehen sie bereits morgens um 6.30 Uhr an Bushaltestellen allein und vereinsamt auf ihrem Weg zur Schule. Allgemein, so scheint es, hat der bildungspolitische Raubbau der letzten Jahre Methode. Kürzungen bei Lehrmitteln,

in der Schulbeförderung, bei Schulmahlzeiten und bei schulischen Sportangeboten sind unmittelbare Folgen einer Einsparungspraxis im ehemals vorbildhaften deutschen Bildungssektor.

Die einzige Antwort der Herrschenden ist - gemäß ihrer „Leuchtturm-Politik“ - die Schaffung von großen Schulzentren. Das kann aber nicht die Lösung sein. Der Weg zur Bildung muß allen

Deutschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld möglich sein. Die nationale Opposition setzt sich für den Erhalt von dörflichen Schulen ein. Sie sind Teil der ländlichen Infrastruktur und der öffentlichen Grundversorgung, die es auch in Zeiten weniger Schüler und knapper Kassen zu erhalten gilt. Schulstandorte tragen gerade im ländlichen Raum erheblich zur regionalen Entwicklung bei. Dorfschulen mit klei-



nen Klassen sichern einen wohnortnahen Unterricht. Wir fordern daher Ausnahmegenehmigungen zur

Bildung kleinerer Eingangsklassen für alle allgemeinbildenden Schularten!

**Veränderungen beginnen zuerst bei uns.
Wählen allein ändert viel, aber nicht genug.
Wir müssen gemeinsam unser Land gestalten.
Aktiv, engagiert und mutig.**

Anpasser, Ja-Sager, Abnicker, Karrieristen - wir finden sie überall. Sie haben sich mit ihren Systemparteien den Staat zur Beute gemacht und passen schön auf, daß sie nirgends anecken. Sie heulen stets im Chor und geben brav die vorgefertigten Meinungen wieder. Andersdenkende aber grenzen sie aus, um ihre eigene Macht zu erhalten. Sie kriechen, schleimen und winseln. Sie verhindern notwendige Veränderungen.

Solche Leute ekeln auch Sie an?

Dann wenden Sie sich von diesem Theater ab. Die etablierten Parteien sind längst völlig gleichgeschaltet und inhaltlich voneinander kaum mehr zu unterscheiden. Sie sind nur noch Handlanger und Verwalter der globalen Finanzmächte und der politischen Machtzentralen in Washington und Brüssel. Sie

sind weichgespült, aalglatt, schwammig - zu sagen haben sie nichts mehr.

Mitmachen, anpacken!

Abkehr und Verweigerung allein sind halbherzig. Idealismus, Opferbereitschaft, Gemeinschaftssinn und Tatendrang sind heute mehr denn je gefragt. Wir brauchen Menschen, die sich für unser Land einsetzen und sich nicht hinter ihrer Haustür

verschanzen. Ohne Einsatz ändert sich nämlich nichts!

Kommen Sie zu uns. Wir reden nicht nur von Deutschland - wir gestalten es. Deutschland ist da, wo starke Herzen sind: Bei der NPD!



Mitglied werden

► Weil unser Land aktive Frauen und Männer braucht, die gestalten wollen, statt sich von oben bevormunden zu lassen.

► Weil wir Deutschen Einigkeit zeigen müssen,

wenn unser Land von Fremden kolonisiert wird.

► Weil meckern allein nichts nutzt. Nicht „gegen“ etwas zu sein, bringt uns voran, sondern sich „für“ etwas einzusetzen.

► Weil Wahlen nur wenig ändern können. Wirklicher Widerstand gegen die etablierten Versagerparteien muß jeden Tag stattfinden.

► Weil der einzelne wenig ausrichten kann. Nur eine starke Gemeinschaft bewegt etwas.

Info-Gutschein

- Ich interessiere mich für Ihre Arbeit und bitte um Übersendung von Infomaterial (3 Briefmarken zu je 0,55 € liegen bei).
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).
- Ich möchte Flugblätter verteilen.
- Ich wünsche ein persönliches Gespräch.

Vorname

Name Jahrgang

Straße, Nr.

PLZ, Ort

ePost Telefon

NPD, Postfach 1137, 19221 Hagenow

038855 - 779 799

info@npd-mv.de

www.npd-mv.de